

Meisterhaft.
...findet
...6 Uhr, statt. Sämtliche
...ist gemeldet. Das Pro-
...rennen vervollständigt.
...Berufsfahrer Rolle
...fang des Laufes punkt
...B. D.

...8 Uhr, ist Verfam-
...eten sowie der 1. und
...Erscheinen wird er-
...famtliche Abteilungen
...schicklich.

Lustspiele
...Zeit wünscht,
...ater
...Donnerstag
...achschlager

he!

...uationen, ent-
...Ganzen eine
...Angelegenheit

...orgen vergibt
...eller wie
...sula Grabley,
...us Falkenstein,
...und vergibt für
...en und Noten.

...nfilm

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...ht
...en

...Sitzung...
...Landratsamt...
...von...
...Bürgermeister...
...und...
...Botschaft...

...Sitzung...
...Landratsamt...
...von...
...Bürgermeister...
...und...
...Botschaft...

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Rheider Volkszeitung

Wöchentliches Kreisblatt

Bocholter u. Iffelburger Zeitung

Nummer 102

Mittwoch, den 13. April 1932

Jahrgang 1932

Ministerpräsidentenwahl in Preußen nur mit absoluter Mehrheit.

Mit 227 gegen 2 Stimmen vom Landtag beschlossen.

22. April.

Der Preussische Landtag war am Dienstag nachmittags zu einer Plenarsitzung einberufen worden, die die Regierungsparteien gefordert hatten, um die Bestimmungen über die Wahl des Ministerpräsidenten in der Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß der Ministerpräsident nur mit der absoluten Mehrheit aller gewählten Abgeordneten, nicht aber, wie es jetzt beim zweiten Wahlgang möglich ist, mit einfacher Mehrheit gewählt werden kann. In Kreisen der Regierungsparteien begründete man diese Forderung damit, daß bei den vorausgesetzten sehr schwierigen Mehrheitsverhältnissen im neuen Landtag die Möglichkeit einer tatsächlichen Beilegung des Kabinetts Brauns erschwert werden müsse, weil sonst die Gefahr bestehe, daß die Nationalsozialisten an die Macht kämen, obwohl, wie der Ministerpräsident gestern bei einer Rundgebung der Eisernen Front im Sportpalast ausgeführt habe, nun dokumentarisch feststehe, daß diese Partei staatsgefährlich sei.

In der Landtagssitzung zeigte sich bei einer sehr lebhaften Geschäftsordnungsdebatte, daß alle Oppositionsparteien diese Änderung der Geschäftsordnung bekämpften. Dies kam auch in kurzen Erklärungen zum Ausdruck, die die Oppositionsparteien abgegeben ließen. Der Deutschnational Dr. von Winterfeldt nannte den Antrag der Regierungsparteien eine starke Herausforderung und eine unerhörte Schiebung. Der Volksparteiliche Stendel sprach von einem ausgesprochenen Schwindelmanöver. Gegen diese Charakterisierung des Antrags wandte sich der staatsparteiliche Abgeordnete Luchse. Es handele sich darum, die Geschäftsordnung mit der preussischen Verfassung im Einklang zu bringen. Allerdings hätte man die Änderung schon früher machen können. Nach dem Bekanntwerden der Vorheimer Dokumente sei es unvermeidlich, daß das Landvolk die Nationalsozialisten an die Regierung kommen lassen wolle, um abzuwarten, was sie für den Bauernstand leisten.

Von den Regierungsparteien ergriff sonst niemand das Wort. Da sie im gegenwärtigen Landtag nur über eine sehr schwache Mehrheit verfügen, bestand die Gefahr, daß bei der von der Opposition verlangten namentlichen Abstimmung das Haus durch Nichtbeteiligung der Oppositionsparteien beschlußunfähig gemacht würde. Die Kommunisten, die gleichfalls die Landtagsänderung verlangten, hatten, um Anträge gegen angebliche Wahlbeeinträchtigung usw. zu erledigen, verlangt, daß ihre Anträge vor der Forderung der Regierungsparteien behandelt würden. Dies wurde jedoch ebenso abgelehnt, wie ein deutsch-volksparteilicher Antrag, die Erledigung der Änderung der Geschäftsordnung überhaupt von der Tagesordnung abzulehnen.

Bei der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Regierungsparteien ergab sich jedoch, daß die Regierungsparteien beinahe vollständig vertreten waren. Obwohl so gut wie alle Abgeordneten der Oppositionsparteien keine Karten abgaben, wurden doch 222 Stimmen gezählt. Die Erörterung der Wahl des Ministerpräsidenten wurde mit 228 gegen 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen.

Aus den abgegebenen Stimmkarten konnte man feststellen, daß die drei Klein-Stimmen, die die Beschlußfähigkeit erleichtert haben, von den Abgeordneten Frau Dr. Frantenthal (S. A. P.), Gebhardt (S. A. P.) und Langer-Oberhausen (D. V.) kamen, während ein Mitglied der Regierungsparteien, der Abgeordnete Maßen (S.), sich der Stimme enthalten hatte.

Die Regierungsparteien nahmen das Ergebnis mit stürmischem Beifall auf. Der Abgeordnete Langer (D. V.) ließ später erklären, er habe nur verkehrtlich eine Karte abgegeben und, um dieses Versehen gutzumachen, gleich darauf noch eine Sa-Karte abgegeben, womit sowohl seine Sa- wie seine Klein-Stimmungen ungültig waren. Die tatsächliche Annahme des Antrages der Regierungsparteien ist hiernach mit 227 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmenthaltung erfolgt. Erwähnt sei noch, daß von den Regierungsparteien der schwerkranke Zentrumsabgeordnete Linneborn, ferner der Zentrumsabgeordnete von Papen und der frühere Finanzminister Höpfer-Wischoff (S. P.) gestrichelt haben. Die kommunistischen Anträge gegen Wahlbeeinträchtigung wurden abgelehnt. Der Präsident erhielt die Ermächtigung, das Haus gegebenenfalls nochmals vor den Neuwahlen einzuberufen. Die Abgeordneten verbleiben also, da der Landtag sich nicht aufgelöst hat, im Besitz von Immunität, Diäten und Freifahrtkarte, bis der Landtag am 20. Mai sein natürliches Ende findet, es sei denn, daß er noch einmal zusammentritt und seine Auflösung beschließt.

Der Standpunkt des Zentrums.

Von unserer Berliner Redaktion.

22. April. (Draht.)

Die am Dienstag im Preussischen Landtag beschlossene Änderung der Geschäftsordnung erregt, wie nicht anders zu erwarten war, den heftigsten Unwillen der Presse, die sich nicht zum Zentrum, zur Staatspartei und zu den Sozialdemokraten bekennt. Tatsächlich wird der Vorwurf

erhoben, die heutigen preussischen Regierungsparteien hätten durch die Änderung der Bestimmungen über die Wahl des preussischen Ministerpräsidenten weiter nichts beabsichtigt, als die Weimarer Koalition zu verfeinern. Dieser Einwurf ist völlig abwegig. Lediglich über den Zeitpunkt hätte man anderer Auffassung sein können als die Regierungsparteien. Seit den Reichstagswahlen im September 1930 war die politische Entwicklung vorzuführen. Die Geschäftsordnung hätte eigentlich schon vor Monaten mit der preussischen Verfassung im Einklang gebracht werden können. Das hätte gewiß weniger Anstoß erregt als jetzt, wo es vor Toretschluß geschieden ist. Nachdem aber die Abstimmung vorgenommen und die Regierungsparteien durch ihre eigene Kraft den Beschluß durchgesetzt haben, kann von der Änderung der Geschäftsordnung nur Gutes erwartet werden. Es ist jedenfalls die Anomalie beseitigt, daß ein von einer Minderheit gewählter Ministerpräsident unter Umständen, mit denen in Preußen zu rechnen ist, von einer Landtagsmehrheit nicht aus dem Amte gebracht werden kann, wenn diese Mehrheit nur in der Ablehnung des Ministerpräsidenten, nicht aber in der Wahl eines Nachfolgers einig sein sollte. Selbstverständlich ist es ein Unfug, dem Zentrum allerhand Pläne untergeschoben zu wollen, wie das z. B. die „Börsezeitung“ tut. Lediglich wegen einer Bemerkung der „Germania“, die besagt, das Zentrum werde es zu verhindern wissen, daß in den Ländern sich Regierungen bilden, die dem Reich in seinem entscheidungsvollsten Ringen verantwortungslos in den Rücken fallen, kommt die „Börsezeitung“ zu folgender Kombination:

„Wenn die Wahl am 24. April eine klare Rechtsmehrheit ergibt und auf dieser verfassungsmäßigen Grundlage eine preussische Rechtsregierung gebildet werden sollte, so wäre jeder Versuch des Zentrums, dem verfassungsmäßigen Zustandekommen einer solchen Regierung etwa durch Entstellung innerer Urkunden oder durch Eingreifen des Kabinetts Bräunung oder durch eine Kombination der beiden genannten Mittel zu verhindern, glatter Verfassungsbruch.“

Solche Sorgen wegen der Haltung des Zentrums sind durchaus überflüssig. Wenn das Zentrum der Änderung der Geschäftsordnung für den preussischen Landtag zustimmte, so handelte es in erster Linie aus der Überlegung heraus, eine stabilere Regierung nach den Neuwahlen in Preußen sicher zu stellen. Denn so gut wie in allen politischen Kreisen ist man sich auch im Zentrum bewußt, daß es bei der Weimarer Koalition nach dem 24. April nicht wird verbleiben können. Die offiziellen Verhandlungen wegen der Neubildung des Preussischen Kabinetts werden selbstverständlich erst nach den Wahlen geführt. Aber bereits heute zeichnet sich ein Bild ab, das dem im Reich nicht ganz unähnlich ist. Es wird nämlich, wenn auch keine offizielle Bekätigung dafür vorliegt, der Eindruck erweckt, als ob schon Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden hätten, die zwischen den Kommunisten und den Nationalsozialisten stehen. Dabei wird in Betracht gezogen, daß die kleineren Gruppen zwischen Zentrum und Deutschnationalen durchaus frei sind von einer Schwärmerie für die Nationalsozialisten und daher für eine gesunde Politik der Mitte gewonnen werden können. Auch die Deutschnationalen scheinen in die Kombination einbezogen werden zu wollen, denn es ist offenkundig, daß die Partei

burger Front zerbrochen ist. Erst am Montag hat Eugen Berg diese Tatsache in einer Rede, die er im Hannover hielt, erneut bestätigt. Er hat offen zugegeben, daß er sich in den Nationalsozialisten schwer getäuscht hat. Aber dieser Abgang an die Deutschnationalen steht immerhin die Aufforderung Eugenbergs gegenüber, den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen die Mehrheit in Preußen zu verschaffen. Da jedoch mit diesen Worten nichts von einer neuen Einigung zwischen den beiden Parteien gesagt ist, so läßt es sich verstehen, daß die Deutschnationalen bei Überlegungen, die auf die Bildung des neuen Preussenkabinetts abzielen, alle teilnehmenden Faktoren einbezogen haben. Auf der anderen Seite wird auch durchaus nicht daran gedacht, die Sozialdemokraten völlig auszuschalten. Handelte es sich nicht um ein etwas abgenutztes Wort, so könnte gesagt werden, in der Mitte bestehe der Wunsch, eine große Volksgemeinschaft zwischen den beiden extremen Gruppen der äußersten Linken und der äußersten Rechten zu schaffen, um dadurch Preußen und das Reich vor Erschütterungen zu bewahren. Auch aus dem von dem Vorstand der preussischen Zentrumspartei veröffentlichten Aufruf (den wir an anderer Stelle wiedergeben) geht hervor, daß dem Zentrum daran gelegen ist, die Basis der neuen preussischen Regierung nach rechts hin zu verbreitern. Ob und in welcher Form die Bemühungen des Zentrums sich verwirklichen lassen, bleibt selbstverständlich abzuwarten.

Befürchtungen, daß die Nationalsozialisten und Deutschnationalen eine Mehrheit im Preussischen Landtag bekommen könnten, sind durchaus nicht am Platz. Alle Symptome deuten darauf hin, daß diese beiden Parteien zusammen nicht mehr als zwei Fünftel der Stimmen im Höchstfalle erlangen können. Sofern die Deutschnationalen nicht die Absicht haben, sich den Nationalsozialisten mit Haut und Haaren zu verschreiben und dadurch die Regierungsbildung und das praktische Arbeiten in Preußen unmöglich zu machen, werden sie wohl oder übel zu dem Schluß kommen müssen, daß ein solch rechtshin verlagertes Kabinett der Mitte die beste Lösung wäre.

Auflösung der SA. 3 Gründe und Gegengründe.

Eine Reihe von Länderregierungen, darunter auch Preußen, verlangt die Auflösung der SA- und SS-Organisationen der NSDAP. Schon seit einiger Zeit wird darüber zwischen den Regierungen dieser Länder und der Reichsregierung verhandelt, nachdem die vor kurzem vorgenommenen Hausdurchsuchungen sehr gravierendes Material gegen die nationalsozialistischen Kampfgruppen beigebracht haben. Die Länderregierungen vertreten überwiegend die Auffassung, daß ein Verbot der SA erforderlich sei. Da aber die Gewähr für ein einheitliches Vorgehen der Länder als unbedingt notwendig erachtet wird, so sind die Regierungen der Ansicht, daß ein solches Verbot von der Reichsregierung erlassen werden müsse. Die Staatsgefährlichkeit der nationalsozialistischen Privatarmee wird als erwiesen angesehen. Bekanntlich ist nur ein Teil des Materials veröffentlicht worden, ein anderer Teil, in dem der Beweis für Landes- und Hochverrat liegen soll, ist dem Oberreichsanwalt übergeben worden, der, wie es heißt, auch schon auf Grund der Vorheimer Dokumente, die bekanntlich in Heßens bald nach der dortigen Landtagswahl gefunden wurden, in den nächsten Tagen die Anklage gegen die dafür in Betracht kommenden Nationalsozialisten erhoben werde.

Ohne Frage handelt es sich hier um ein außerordentlich ernstes Problem für den Staat, nachdem er die Entwicklung der nationalsozialistischen Kampforganismen ruhig hat vor sich gehen lassen und diese Entwicklung bis zum heutigen Grade geduldet ist. Es gibt triftige Gründe für die Auflösung der SA, die aber mit der Auflösung der Organisation der Kampfgemeinschaften nicht die Auflösung der Kampfgemeinschaften, ihren Wünschen und Zielen, ihrer revolutionären Gesinnung und Kampfbereitschaft. Das hat die Auflösung des Roten Frontkämpferbundes deutlich gezeigt. Er tritt freiwillig als solcher nicht mehr auf, aber seine Mitglieder haben sich in Sport- und anderen Vereinen organisiert, sie sind dadurch, daß man ihnen die Uniform genommen hat, keine sanften Lämmer geworden, die jetzt regierungstreu durchs Dasein laufen, sondern die NSD hat sie in den neuen Gruppen vermutlich genau so unter

ihrem Einfluß und Kommando wie vorher. Die Gefahr für den Staat besteht auch von dieser Seite unverändert weiter.

Seit Jahren haben wir immer wieder das Verbot aller politischen Kampforganisationen gefordert, die neben den Parteien oder in ihrem Dienst stehen. Wir haben dies Verbot gefordert, als es noch Zeit dazu war. Aber man hat die Dinge, wahrheitsgemäß mit Rücksicht auf das verfassungstreue Reichsbanner, das natürlich gleichfalls unter das allgemeine Verbot hätte fallen müssen, weiter treiben lassen. Und jetzt haben wir Hunderttausende von Männern in Deutschland, die in den SA- und SS-Organisationen, im Stahlhelm, im Reichsbanner, in der Eisernen Front, in der christlichen Volksfront organisiert sind, begehrte Befehlshaber der deutschen Republik und ihre grimmigsten Gegner, quer durch Deutschland, durch jedes Land, durch jede Provinz, durch die Gemeinden hindurchgehende Fronten, bei denen jeden Tag die Gefahr eines Zusammenpralls besteht, wenn irgendwo und irgendwann der Funke ins Pulverfaß schlägt. Das ist die Situation von heute, in der der Reichsinnenminister vor der Frage steht, ob er das Verbot gegen die nationalsozialistischen Truppen erlassen oder was er sonst tun soll, um die Gefahr des Bürgerkrieges zu bannen. Jedenfalls kann auch der, dem die nationalsozialistischen Garden ein Dorn im Auge sind, etwas durchaus Verdammen- und Vernichtenswürdiges, wofür das ein auf die Kirche gezielte Wort Voltaire, „Eccesez l'infamie“ in Betracht käme, nicht außer Acht lassen, daß die Niederknüpfung einer geistigen Idee, die doch ohne Frage die Leute mit dem Hakenkreuz, allerdings neben materiellen Interessen, zusammenhält, eine Unmöglichkeit ist, ja daß der Versuch dieser Niederknüpfung leicht Schlimmeres zur Folge haben kann. Es müssen natürlich Maßnahmen ergriffen werden, um dem blutigen Ausbruch der Leidenschaften, der jetzt ja schon in dröhligen gebundenen Erscheinungen leidet an der Tagesordnung ist, vor allem über weiter ausgedehnte Gebiete vorzubeugen. Aber so sicher es ist, daß alle diese hochgehenden politischen Leidenschaften, wie heute noch reizende Ströme beim Nachlassen des Hochwassers wieder friedlich dahinfließen, sich einmal legen werden, wenn wir bessere wirtschaftliche Zustände in Deutschland haben, so schwierig ist nach unserer Meinung die Aufgabe, die jetzt der Lösung harret. Denn weitertreiben lassen wie bisher kann man die Dinge nicht.

Der russische Abrüstungsvorschlag.

Herabsetzung im Verhältnis der Stärke der Rüstungen. Die Beweisführung Tardieus. - Der deutsche „Westentaschenkreuzer“.

Schlechte Aussichten.

12. April.

Volkstommislar Litwinow begründete heute vormittag im Hauptsaal der Abrüstungskonferenz in einstündiger Rede den Vorschlag seiner Delegation für eine sogenannte progressive und proportionale Abrüstung, deren Wesen darin besteht, daß der Prozentsatz der quantitativen Rüstungsbeschränkung um so höher sein soll, je größer die Rüstungen des Staates sind. Entsprechend den 3 eingereichten russischen Vorschlägen sollen Armeen von mehr als 200.000 Mann um 50 Prozent vermindert werden, während Armeen unter 30.000 Mann keinerlei Verminderungen unterliegen und die Herabsetzung der dazwischen liegenden Heeresstärken sich zwischen 0 und 50 Prozent bewegen soll. Der gleiche Grundsatz, wenn auch mit anderen Zahlen, müßte auf die See- und Luftkräften angewandt werden. Zu dem gezeigten amerikanischen Vorschlag erklärte Litwinow, isolierte Vorschläge für die Abschaffung einer bestimmten Art von Rüstungen seien nicht dazu angetan, die Probleme zu vereinfachen.

Nach Litwinow hielt Tardieu eine längere Rede, um die französischen Vorschläge in den Mittelpunkt der Debatte zu stellen und gleichzeitig die amerikanischen Vorschläge als unüberlegt und undurchführbar abzutun. Durch eine Häufung technischer Argumente und Bedenken schloß Tardieu den Nachweis zu führen, daß es überhaupt nicht möglich sei, den Begriff der Offensiv-Waffen allgemein gültig festzulegen. Die Beschränkung der Größe bestimmter Waffen oder der für sie aufgewendeten Kosten sei gleich-

falls unwirksam. Denn nach dem „Taschenpazzer“ für das Deutschland ein Beispiel gegeben habe, würden sinnreiche Ingenieure sicher „Taschenflugzeuge“ erfinden. Tante könnten leicht durch landwirtschaftliche Traktoren, die jeder Staat bestimme, ersetzt werden. Die amerikanischen Vorschläge griffen die Bestrebungen der Haager Vorkriegskonferenzen wieder auf; aber über der Humanisierung des Krieges dürfe man die Organisierung des Friedens nicht vergessen.

Die restlos negative Haltung, die der französische Ministerpräsident unter Berufung auf die utopistischen französischen Vorschläge einer internationalen Armee gegenüber allen Bemühungen um einen wenn auch nur bescheidenen Teilerfolg der Abrüstungskonferenz eingenommen hat, bekräftigt die pessimistischen Erwartungen, die nach allem Vorausgegangenem gehegt werden konnten. Ebenfalls wie die unbedingte Gegnerschaft gegen jede Art von Rüstungseinschränkung drängen sich aber auch die inneren Widersprüche auf, in die sich Tardieu bei seiner Beweisführung gegen die Abschaffung der Offensivwaffen verwickelte. Bei der Behauptung, daß die Abschaffung der Angriffswaffen einen für jedermann unbefriedigenden Zustand schaffen würde, hat Tardieu im Eifer offenbar übersehen, daß die das beste Plaidoyer für die Unhaltbarkeit der Abrüstungsbestimmungen der Friedensverträge darstellt, die bekanntlich eine sehr genaue Definition und ein sehr striktes Verbot dieser Waffen enthalten.

Die „Römisches Zeitung“, die die Bedeutung des in den Hausdurchsuchungen gegen die SA- und SS- gefundenen Materials nicht bestreitet, sondern durchaus bejaht, befaßt sich in bemerkenswerten Ausführungen mit der Frage der SA-Auflösung. Angehöriges des Ernstes des Problems, das zur Diskussion steht, halten wir es für richtig, diese Darlegungen des die Reichsverfassung beschützenden, ober Aufsicht nach rechts haltenden Organs hier wiederzugeben:

Die ehemaligen Offiziere, die Hitler mit der Organisation der SA- und SS- beauftragt hat, fanden ein denkbar geeignetes Material vor. Eine Waffe junger Leute, die begeistert für die Idee und ihren Führer zu allen Opfern und jeder Unterordnung bereit sind, konnte leicht geformt werden. Das hat die Partei und ihre Funktionäre zu Maßnahmen veranlaßt, die ihr jetzt zum Verhängnis werden können. Sie haben sich verleiten lassen, über ihre eigentliche Aufgabe hinaus — die Zusammenfassung der jugendlichen Parteigenossen auf der Grundlage der Kameradschaft und Erziehung — zur Ausrüstung mit politischer Waffentechnik überzugehen. Der Stab der obersten SA-Führung ist in der Einteilung der einzelnen Ressorts völlig einem militärischen Oberkommando nachgeahmt. Die Gliederung der SA-Organisationen entspricht der Einteilung des alten Heeres, und neuerdings ist man dazu übergegangen, den einzelnen Standarten die Pflege der Tradition der alten Garnisonregimenter ihrer Heimatorte zu übertragen. Man könnte auch diese Maßnahmen noch als Spielerei oder geistiges Verwahrlosten ansehen, aber die Entwicklung der SA ist jetzt in einem Stadium angelangt, in dem der innere Aufbau im großen und ganzen abgeschlossen ist und der ganze große Apparat mit Hunderten von Führern und Tausenden begeisterten Funktionären nach einem praktischen Einfluß der Organisation verlangt. Die Stäbe der SA, die sich gegenseitig melden und beschreiben, in denen Hunderte ehemaliger Offiziere die Gelegenheit zur

§ Boch
Monaten e
gebrochen
Schuffale)
erstgenann
pflanzt“, w
stehengebl
Aufsauerf
Erwerbslo

= Boch
Kraft getre
Provinz W
weise für
amliche
halten im
dringend
Gebrauch
ein gering
Gebühren
zeichnung
möglichst
soll, emp
Bauer-ha
konsumir
nung für

19,2

§ Boch
Boch und
Tagen. W
nicht weni
Regen gem
von Montag
wo in 24
Regen ge
beinake
ganzen M
wurden. Im
keinen b
entdeckte
(Viehmarkt,
große Wass
Surrend ab
fließt die Na
mornen wur
jedoch die Sch
schon seit ei
Wasser unze
weisen geöffn

Neuau

o. Boch
Reichstursbuch
gabes des Reid
poffkursbuch in
Sommerfabri
wechsel erschein
die atroke Aus
4 M. Nach
bücher weggesa
werk nur da
poffkursbuch
der Deutschen
der Kraftverbu
2 M. Den
buches wird
feines zum
verkäufer (Buc
Reichstursbuch
20 v. H. ermä
Ausgabe, 2,80
für das Kraft
baldmöglichst a

Dereh

Kath. Jun
woch) abend 8
Uhr mit B
Jüngern und
besonders die
3 Uhr sind im
der Jungenscha
Jugendheim a
verzüglich willk
haben zu einer
Donnerstag 8 L

Jungfrauen
teilung hat
Paulusheim.

Kreuzbund.
stiftung des un
Bruppenzimmer
und Unterhaltu
eben gerufen
besonders heftig
stiftenden er

Jung-Akademie
reis der Mädch

Jungmänner
veranstaltun
emden, 8 U
uhr in Lied

„Verschäfft
anüber sprach
ung des Gewer
truppige Boch
ortragende g
der letzten
egen unvern
brung gefüllt
schrägen, den
affen, um schä
reter Wirtschaft

Frühjahrsstgung des Sängergaues „Westmünsterland“.

X Gemen, 12. April.

Am Sonntag fand in Gemen die Frühjahrsstgung des Sängergaues „Westmünsterland“ statt, zu der mit Ausnahme zweier Bocholter Vereine und des Anholter Vereins sämtliche dem Gau angehörenden Vereine ihre Vertreter entsandten; im Ganzen waren über 100 Delegierte und sonstige den Vereinen angehörende Mitglieder erschienen. Mit einer längeren Ansprache eröffnete der Gauvorsitzende, Oberpostsekretär Tenbroek (Bocholt), die Tagung. Insbesondere betonte er die Notwendigkeit der Pflege des deutschen Liedes.

Sodann gab Schriftführer Dobner (Bocholt) einen ausführlichen Bericht über die Herbststgung in Bort. Der Vorsitzende berichtete anschließend über den Westfälischen Sängertag in Bielefeld, auf dem u. a. beschlossen wurde, Herrn Peter Beder (Bocholt) den Ehrenbrief des Deutschen Sängerbundes zu überreichen, was inzwischen geschehen ist. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Th. Kranenburg (Bort). 521 Mitglieder zahlten 562,65 M an Beiträgen. Der Ueberseß des Gauwertungsingens in Bocholt belief sich auf 106,87 M. Nach Abzug von 564,12 M Ausgaben hat der Gau noch einen Kassenbestand von 108,39 M aufzuweisen. Zur Festsetzung der Beitragshöhe brachte der Vorsitzende Tenbroek einen Vorschlag ein, der einstimmig angenommen wurde. Nach Erhebung von 20 M für den Deutschen Sängerbund, 20 M für den Westfälischen Sängerbund und 31 M für den Westmünsterländischen Sängerbund in diesem Jahre 20 M erhoben werden, so daß sich die Gesamtbetragssumme auf 1,00 M pro Mitglied beläuft. Auch den arbeitssamen Mitgliedern soll in Zukunft die Mitgliedschaft nicht verfallen. Es werden künftig als passive Mitglieder geführt und sind von der Beitragsentrichtung befreit.

Eine geraume Zeit nahm die Beratung des Gauwertungsingens, das in diesem Jahre in Coesfeld am 3. Juni abgehalten wird, in Anspruch. 15 anwesenden Vereine werden sich an dem großen Wertungsingen beteiligen. Es soll versucht werden, einen Vortrag von Hefburg aus einzulegen, damit möglichst vielen Mitgliedern eine bequeme Erreichung des Festortes und eine günstige Rückfahrt gegeben ist.

Der Vorsitzende des M. G. B. „Concordia“ Coesfeld entwarf dann das Programm des Festtages. Morgens ist ähnlich wie in Bocholt die Abholung der einzelnen Vereine. Das Wertungsingen beginnt nachmittags 2,30 Uhr in der Stadthalle in Coesfeld. Mit einem Tanztrngsien soll der Festtag beschloffen werden.

Vom M. G. B. „Gefährte“ Geseher und der Geseher-Gesellschaft des Rath. Gefellensvereins Bocholt eingebrachte Vtrge auf Sgungsänderung fanden Annahme. In Zukunft können nur diejenigen Mitglieder an dem Wertungsingen teilnehmen, die mindestens ein halbes Jahr aktives Mitglied des teilnehmenden Vereins sind.

Unter Vorsitz des Herrn Gau-Chormeister Schltter (Bocholt) die Chormeister des Gaues, nach Möglichkeit an dem Chormeistertur, der an einem noch nicht bestimmten Termin in Bort vom Komponisten und General-Musikdirektor Blankenberg (Recklinghausen) abgehalten wird, teilzunehmen. Der Notenaustrich innerhalb der Vereine muß noch mehr betrieben werden; zur Erleichterung des Austausches soll ein Notenverzeichnis geführt werden. Zum Schluß hielt Gau-Chormeister Schltter einen Vortrag über Massensgung, der aufmerksame Zuhörer fand. In den Musikauschuss wurde für den ausgetauschten Herrn Josef Smets Herr Holtkamp vom M. G. B. 1860 Bort ernannt. Der Rfichtchor für das Wertungsingen wird auch in diesem Jahre beibehalten.

Herr Schltter verbrochte sich dann über den Nutzen einer Chorleiterausprache.

Nachdem der M. G. B. Gemen den Schlußchor „Wie schön ist du“ von Schubert zu Gehör gebracht hatte, sprach Herr Beuster (Bocholt) das Schlußwort, in dem er vor allem des Dichterküniges Goethe gedachte. Mit dem Sängergau „Westmünsterland“ schloß man die Tagung.

Turnen / Sport / Spiel

J. C. Olympia — Sportfreunde Gladbeck.

Am kommenden Sonntag, dem 17. April, hat der J. C. Olympia eine aufstrebende Mannschaft des spielfarbenen Ruhrbezirks zu Gast. Neben dem Sonderklassenvertreter Schwarz-Gelb Gladbeck stellen die Sportfreunde die zurzeit stärkste Mannschaft Gladbecks. In ihren Meisterkassettenspielen hat die Mannschaft in einer sehr großen Gruppe recht erfolgreich abgeschnitten und nimmt mit einem recht günstigen Torverhältnis die Spitze der Tabelle ein. Die Mannschaft verfügt über ein gutes technisches Können, das gepaart mit großem Kampfeifer, die Sportfreunde zu einem starken Gegner für die Hiesigen machen wird. Hoffentlich ist der Wettergott dieser Veranstaltung gütlicher gestimmt als am Samstag. Das Spiel beginnt nachmittags 3 Uhr. Vorverkaufsstellen in den bekannten Vorverkaufsstellen.

Sportklub 1926.

Wir machen schon jetzt auf das Meisterkassettenspiel unserer 1. Mannschaft gegen den Spielverein Buderich aufmerksam. Karten im Vorverkauf sind ab Donnerstag in den bekannten Geschäften zu haben.

Schiri-Vereinigung W. S. V. Ortsgruppe Bocholt.

Der Belehrungsabend für den Monat April nebst Neuwahl des Ortsgruppenleiters findet am Samstag, dem

16. April, im Lokale Oppenbeck (Osterstraße) statt. Die Anwärter und Schiedsrichter werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Beginn 7 Uhr.

Deutsche Kampfsport

Die Sportfreunde spielen um die Gaumeisterkassette.

Am kommenden Sonntag beginnen die Endkämpfe um die Meisterkassette des Ruhrbezirks. Zum ersten Mal nach langen Jahren qualifizierte sich auch ein Bocholter Verein für die Endspiele. Die Sportfreunde, die ihre im Vorjahr errungene Bezirksmeisterkassette von Bocholt-Mees erfolgreich verteidigten, treffen am Sonntag auf den Meister der B-Gruppe, D. S. R. Sterkrade-Buchhausen. Das Spiel findet auf dem Sportplatz an der Schwannestraße statt. Schon heute sollte man sich den Sonntag für das wichtigste Spiel reservieren. In einer der nächsten Ausgaben kommen wir noch näher auf das Treffen zurück.

Die Spieler der 1. Mannschaft treffen sich am Freitagabend 8 Uhr im Sportheim (Schwannestraße) zu einer wichtigen Besprechung. Erscheinen aller Spieler ist unbedingt erforderlich.

Bauparlament-Konferenz.

Nach Bericht der Berliner Vorposten-Zeitung Nr. 154 vom 2. April hat der Senat in den Senatsitzungen des Reichsausschusses für Privatversicherung vom 1. April 1932 beschlossen, daß bei den nachstehend aufgeführten Unternehmen gemäß § 88 des Versicherungsaufsichtsgesetzes der Antrag auf Eröffnung des Konkurses gestellt wird: Bauparlament Westmark A.-G. in Köln. Bauparlament Ostmark A.-G. in Berlin. Bauparlament Nordmark A.-G. in Berlin. Bauparlament Südmark A.-G. in Berlin. Bauparlament Mittelmark A.-G. in Berlin. Bauparlament Ostpreußen A.-G. in Königsberg. Bauparlament Westpreußen A.-G. in Königsberg. Bauparlament Nordpreußen A.-G. in Königsberg. Bauparlament Südpreußen A.-G. in Königsberg. Bauparlament Mittelpreußen A.-G. in Königsberg.

Für unsere Betten

aus türkischrotem Inlett, gefüllt mit, auf natürlichem Wege, doppelt gereinigten und gewaschenen Federn, übernehmen wir langjährige Garantie.

Bett 1 aus garantiert federdichtem Inlett für 1 1/2 schl. Oberbett, Unterbett und 2 Kopfkissen, mit grauen Federn gefüllt	27.50
Bett 2 aus garantiert federdichtem Inlett für 1 1/2 schl. Oberbett, Unterbett und 2 Kopfkissen, mit doppelt gereinigten, halbweißen Federn gefüllt	49.-
Bett 3 aus türkischrotem Inlett für 1 1/2 schl. Oberbett, Unterbett und 2 Kopfkissen, mit halbweißen, füllkräftigen Halbdauen	71.50
Bett 4 aus türkischrotem Inlett, für 2 schl. Oberbett, Unterbett und 2 Kopfkissen mit prima, füllkräftigen Halbdauen	89.50
Bett 5 aus türkischrotem Inlett, für 2 schl. Oberbett, Unterbett und 2 Kopfkissen mit weißen, hochprima Gänsedaunen	112.-

Hermann Pottmeyer
BOCHOLT - MARKT

†
Das Sechswochenjedenamt
für die verstorbene (643b)
Ehefrau Theodor Bertram
findet statt am Donnerstag, morgens 8 1/2 Uhr in der St. Josef-Kirche, wozu frdl. eingeladen wird.

Bekanntmachung
Die Sebung der von der Westfälischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ausgetriebenen ordentlichen Lmänge für 1931 erfolgt im Mai, August und November in drei gleichen Teilbeträgen gleichzeitig mit den Steuern. Gegenüber dem Vorjahre sind die Beiträge um 10 v. H. gesenkt.
(2721)
Die Heberolle liegt von morgen ab zwei Wochen lang zur Einsicht der Beteiligten bei der Stadthauptkasse am Rathausplatz aus.
Winnen 2 Wochen nach Ablauf der Frist kann gegen die Beitragsveranlagung beim Genossenschaftsvorstande in Münster, Postfach 254 Einspruch erhoben werden. Der Einspruch entscheidet nicht von der Richtigkeit der vorläufigen Zahlung des Beitrages. In der Einspruchsschrift sind die Höhe des veranlagten Beitrages, die Heberolle, die Heberollen- und die Heberollnummern anzugeben.
Bocholt, den 12. April 1932.
Der Oberbürgermeister.

ANHOLT
Bekanntmachung
Städt. Berufsschule Anholt.
Der Schulunterricht an der gewerblichen Berufsschule zu Anholt beginnt (2739)
a) für gelernte Arbeiter: am Donnerstag, dem 14. April 1932, nachmittags 2 Uhr;
b) für ungelernte Arbeiter: am Donnerstag, dem 14. April 1932, nachmittags 5 Uhr.
Schulpflichtig sind alle hier beschäftigten Jugendlichen unter 17 Jahren, gleichgültig, ob ein Lehr- oder Arbeitsverhältnis besteht oder nicht. Bei einem über 17. Lebensjahr hinaus dauernden Lehrverhältnis besteht die Schulpflicht bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres. Neueintretende Schüler haben das Entlassungszeugnis der zuletzt besuchten Schule mitzubringen.
Anholt, den 12. April 1932.
Die Stadtverwaltung Anholt.

Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma C. Horde zu Bocholt wird der alleinigen Inhaberin Ehefrau Elisabeth Horde, geb. Schmidt, nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch ausgeschrieben.
Bocholt, den 8. April 1932.
Geschäftsstelle des Preuß. Amtsgerichts.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Heinz Henning zu Bocholt, alleinigen Inhabers der Firma Heinrich Henning zu Bocholt wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über die Bewilligung des Honorars an die Gläubigerausschussmitglieder und über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Schlußtermin auf den 3. Mai 1932, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht (Zimmer Nr. 6) bestimmt.
Bocholt, den 8. April 1932.
Geschäftsstelle des Preuß. Amtsgerichts.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Witwe Katharina Kreitzkamp, geb. Günsing zu Bocholt wird zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis und zur Beschlußfassung über die Bewilligung des Honorars an die Gläubigerausschussmitglieder und zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Schlußtermin auf den 3. Mai 1932, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht (Zimmer Nr. 6) bestimmt.
Bocholt, den 8. April 1932.
Geschäftsstelle des Preuß. Amtsgerichts.

Aufgebot.
Die Firma Sapt Aktiengesellschaft für Textilprodukte in Unterfrankheim, vertreten durch die Rechtsanwälte Ernst Grotz-Verse und Dr. Richard Schmid in Stuttgart, hat das Aufgebot der verloren gegangenen Wechsel

1. Prima-Wechsel über RM. 944,28 per 19. Januar 1932, ausgestellt Rheinb., den 3. Oktober 1931, jedoch ohne Ausstellerunterschrift, Begonomer und Akzeptant: W. Döberg in Bocholt; (2730)
2. Prima-Wechsel über RM. 900,00 per 25. Januar 1932, ausgestellt Rheinb., den 3. Oktober 1931, jedoch ohne Ausstellerunterschrift, Begonomer und Akzeptant: W. Döberg in Bocholt; (2730)
3. Prima-Wechsel über RM. 1802,09 per 14. März 1932, ausgestellt Rheinb., den 3. Oktober 1931, jedoch ohne Ausstellerunterschrift, Begonomer und Akzeptant: W. Döberg in Bocholt; (2730)
4. Prima-Wechsel über RM. 1062,80 per 17. März 1932, ausgestellt in W. Göttsch, den 12. Dezember 1931, Aussteller und Remittent: Wabbecker Spinnerei, Begonomer und Akzeptant: Hoed & Co. in Hede, zahlbar in Bocholt bei der Rückseite des Konto-Vitro des Ausstellers und der Firma Kaulen und Telen.
5. Prima-Wechsel über RM. 1802,09 per 18. März 1932, ohne Ausstellerunterschrift, ausgestellt Rheinb., den 9. Dezember 1931, Begonomer und Akzeptant: W. Döberg in Bocholt, zahlbar in Bocholt beim Barmer Bank-Verein.
beamtet. Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 26. Juli 1932, 10.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Konkursurteilung der Urkunden erfolgen wird.
Bocholt, den 2. April 1932.
Preuß. Amtsgericht.

Stets frisch und billigst
Prachtvolle didrikridge Matjesheringe
Räucherbücklinge u. Spratten
Bismarkheringe, Rollheringe, u. Kronsardinen,
selbstbelegte Heringe u. in Melnersolze,
Heringssalat, Fleischsalat, Apetitkappen, Sardellen
u. Sardellenfilet sowie Fischpasten, Appels Majonaisen u. Remoladen empfiehlt
Kempers Delikatessenhaus,
Nordstraße 12. (2737b) Telefon 2702.

Samen
Empfehle wieder sämtl. Garten- und Feldsameren, wie große Bohnen, Strauch- und Reiserbsen, Strauch- und Stangenbohnen, Eckendorfer Runkeln gelb und rot, Original Teutonia, Sücht. Möhren, Steckrüben gelb u. weiß, Schalotten, Seradella, Spörgelsamen, ebenfalls Rotklee, Weißklee, Gelbklee, Schwedenklee u. Ober- u. Untergräser zur Einsaat von Dauerpflanzen wieder vorrätig.
(548e)
Samenhandlung
Johann Görkes
Karo ingerstraße.

Ich habe meine [2725b]
Praxis
wiederaufgenommen.
Dr. med. Prenger,
Spezialarzt für Hautkrankheiten.
Mittelstandshaus. Fernr. 3366.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.
800000 Lose (27196)
348000 in 5 Klassen verteilte Gewinne.
2. Brämien zu je 500000 RM.
100 Schlussprämien zu je 3000 RM.
Spielkapital: 114 280 100 RM.
Ziehung 1. Klasse 22.-23. April.
1/2 Lose RM. 5.— pro Klasse
1/4 " " 10.— " "
1/8 " " 20.— " "
1/16 " " 40.— " "
Staatliche Lotterie-Einnahme
Ziert, Bocholt,
Schwarzhofstraße 13 Fernsprecher 3364/55

Jungfrauen Kongregation
Kongregation
Donnerstag abend 8 Uhr Liedung der Gesehstetung in St. Paulus (2738b)
Ratellen-Verkauf!
Die zur Bestimmung Bauhaus u. Tebbenhof in Hammeln gebörende (2693)
Ratelle Nr. 235/1 in beliebiger Größe bis zu 3000 Ruten überland und Weide arrondiert mit aufstehenden neuen geräumigen Gebäuden, 20 Min. vom Dorf und Bahnstation Hammeln entfernt, ist durch mich zu kaufen. Antritt Herbst.
Angebote erbitte ich bis 3. 20. April 1932.
Ernst Gülder, Hammeln.

Kinderwagen
Naumen & Sita, Große Auswahl in den modernsten Kinderwagen bei **Gl. Kamperthofer, Sietenhof.**
Gebrauchte, gut erh.
Schreibmaschine
zu kaufen gesucht, Näh. Geschäftsstelle.
Brillant-Damenring
maßlos Platin, Ratt 775 R. M. f. 2737 RM. verlegentlichshalber abzugeben
Offerten erbeten unter Nr. 2352 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
Kath. Mädchen
vom Lande nicht unter 30 Jahren zu sofort oder später für die Landwirtschaft gel.
Offerten erbeten unter Nr. 546 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

3000 R.M.
als
1. Hypothek
auf Wohnhaus gel. Offerten erbeten unter Nr. 641 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
Notverkauf
In Anzugstoff bl. Wolle, 7,80 Pfleier u. Salz, ab Fabrik (27349)
Erga Gera 167
Deutscher
Schaeferhund
2 Jahre alt (Räude) sehr wachsam u. schaff zu verkaufen.
Näheres bei Josef Heinrichs in Hede.
Am Mai
Mädchen
für landwirtschaftl. Haushalt gesucht.
Gerhard Telen, Stenzen 43

2 Zimmerwohnung
in d. Nähe d. Stadt b. niedriger Miete zu vermieten
Offerten erbeten unter Nr. 2745 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
2 Zimmerwohnung
an Kinder. Ehepaar zum 1. od. 15. Mai zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Barterraum
1 lecher großer
in gutem Hause sof. zu mieten gesucht.
Angebote mit Preisangabe erbeten unter Nr. 644 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
4 Zimmerwohnung
mit Zubehör zu miet. Offerten erbeten unter Nr. 630 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
3 Zimmerwohnung
Barriere sofort zu vermieten. (2720b) Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Wohn- und Schlafzimmer,
elektr. Licht und Heizung, an 1 oder 2 Personen oder Damen & 1. Mai zu verm. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.
Im Mittelpunkt der Stadt 2 schöne evtl. möblierte (2740b)
an besten Herrn od. Dame preiswert zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl. erb.
2 Zimmerwohnung
in d. Nähe d. Stadt b. niedriger Miete zu vermieten
Offerten erbeten unter Nr. 2745 an die Geschäftsstelle ds. Bl.
2 Zimmerwohnung
an Kinder. Ehepaar zum 1. od. 15. Mai zu vermieten.
Näheres in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Männer und Frauen in Preußen!

Der Vorstand der Preussischen Zentrumspartei richtet an die Wähler und Wählerinnen folgenden Aufruf:

Am 24. April werden die Wähler die Zusammenlegung des zukünftigen Landtags bestimmen. Damit fällt die Entscheidung über die Grundrichtung der Politik im größten deutschen Lande. Mehr als das. Nach den Kampfpunkten der verbündeten Opposition von rechts und links wird damit auch über die Politik im Reich entschieden.

Häufung in einem kurzen Zeitraum hat diese Opposition zum Stürme angefeuert.

Im Sommer 1930 trieb sie mit der Auflösung und Neuwahl des Reichstags. Planmäßig versuchte sie die Parlamentsverhandlungen zu sabotieren. Im Sommer 1931 leitete sie ein überflüssiges Volksbegehren und einen unnützen Volksentscheid über den Landtag ein. Sie verhinderte die Wahl des Reichspräsidenten durch das Parlament und provozierte damit in Wochen außerordentlich hohe Spannung und weitere unnötige Wahlgänge.

Das deutsche Volk hat alle diese Verluste zur Zerrüttung der politischen Verhältnisse im Reich abgebegeben. Nun soll das Ziel über Preußen erreicht werden.

„Neben Preußen zur Macht im Reich!“ — das ist der Sinn des Generalsturms gegen ein „System“, das man stürzen will, um das eigene System an die Stelle zu setzen.

Die Zentrumspartei nimmt den Kampf entschlossen auf. Was ihre Fraktion im Landtag in jahrelanger Arbeit erstritten und geleistet hat, verantwortet sie. Wähler und Wählerinnen! Als Teil der Deutschen Zentrumspartei haben wir in Preußen jede Möglichkeit wahrgenommen, staatliche Ordnung und ruhige Entwicklung zu gewährleisten, wirtschaftliche und soziale Kultur zu pflegen und die christlich-ethischen Volkswerte zu erhalten. Bei diesem Bemühen haben wir als Minderheit die parlamentarische Unterordnung zu suchen und annehmen müssen, wo sie gegeben war.

Koalitionen im Parlament sind Arbeits- und nicht Gewinnungsgemeinschaften. Die Wesensunterschiede der Parteien bleiben davon unberührt. Das Zentrum hat niemals Bündnisse unter Preisgabe politischer und weltanschaulicher Grundsätze geschlossen. Es blieb frei nach allen Seiten bis auf den heutigen Tag.

Das parlamentarische Zusammenwirken mit der Sozialdemokratie in Preußen war unter dem Mangel an Verantwortungsbereitschaft und Gemeinschaftswille der nicht weniger als zehn Gruppen aufgespaltenen Rechten die einzige realpolitische Möglichkeit, um überhaupt eine regierungsfähige Mehrheit zu bilden.

Am dem Willen des Zentrums, mit allen Parteien zusammen zu arbeiten, die bereit waren, Verfassung und staatliche Autorität zu achten, eine soziale Politik zu betreiben und die Gewissens-, Religions- und Unterrichtsfreiheit ernsthaft zu wollen, hat es nie gefehlt.

Wir haben aber sehen müssen, daß diejenigen Parteien, die uns heute „Verrat an christlichen Kulturwerten“ vorwerfen, zu einer ethischen Zusammenarbeit auf dieser Grundlage nicht fähig waren. Sie wollten nicht dienen, sie wollten herrschen. Undes wir das ganze Volk haben und ebensolche schreiende Ungleichheiten in der Verteilung von Rechten und Pflichten im Staat auszugleichen uns bemühten, hielten sie fest an ihren sozialen und konfessionellen Vorurteilen.

Im Reich verfolgten unsere Ankläger bei der Gestaltung des Reichshofgesetzes, bei der Formung des Reichsgerichts, in Preußen fanden sie und andere gegen uns in der Frage des Einbaues des Religionsunterrichts in die Berufsschule, in der Beilegung der simultanen Lehrerbildung, in der Konfessionsfrage. Dieses ihr Verlangen suchen sie heute zu verhehlen durch unwahre Behauptungen.

Es ist unwahr, daß die Zentrumspartei in Preußen den Freidenkerverbänden Vorschub geleistet hat. Sie hat verhindert, daß diesen Verbänden Äußerungsbereitschaft verliehen wurden. Das Zentrum hat dem Freidenkerverbänden und sonstigen Gottlosenverbänden entgegengetreten.

Gottlosen-Umzüge und Maskeraden sind verboten, Gottlosenvereine verboten, atheistische und religionsfeindliche Ausstellungen auf Ersuchen des Zentrums beschlagnahmt worden. Das Zentrum ist antireligiösen Veröffentlichungen, wo immer sie fand, entschieden entgegengetreten.

Der Kampf gegen Schmutz und Schund ist von uns ohne Rücksicht auf die parlamentarische Zusammenarbeit mit der Linken weitergeführt worden, ohne jeweils die Unterstützung der gesamten Rechtenparteien zu finden. Die Zentrumspartei hat sich mit der Linken nicht begnügt. Sie hat durch großzügige Wohnungs- und Siedlungspolitik, durch Wohlfahrts- und Gesundheitspflege, durch Jugendfürsorge und Jugendberufshilfe die sittlichen Grundlagen des Staates und Familienlebens zu festigen gesucht.

Sie hat der Landwirtschaft weitgehende Hilfe zuteil werden lassen. Sie hat Handwerk und Mittelstand geschützt und die Handels- und Gewerbetätigkeit mit sozialer und fortschrittlicher Geisteserfüllung. Sie hat insbesondere nie verlagert im Schutze der gefährdeten Bergarbeit. Die Beamten- und Arbeiterkassen hat sie in ihrer Verfassung, der gefährdeten Grenzgebiete hat sie sich besonders angenommen.

Was haben diejenigen getan, die heute gegen ein angebliches „schwarz-rotes System“ antreten?

Unter dem Einfluß des jetzigen Führers der deutschen nationalen Partei hat man jene vollstverderbende, revolutionäre Bewegung des Nationalsozialismus ermutigt und begünstigt: eine Bewegung, die bürgerliches Rechtsbewußtsein gänzlich bedroht, jeglichen Besitz in Frage stellt, Blut- und Gewalttätigkeiten züchtet, christliche Glaubensbegriffe verwirrt und unser Volk an den Rand des Bürgerkrieges gestürzt hat.

Die unter dem Einfluß des Führers der deutschen nationalen Partei stehende Presse hat nach der Ueberzeugung früherer Parteianhänger zur Zerrüttung des Friedens unter den Konfessionen durch krasse Verleumdungen des katholischen Volksteils immer wieder gestört.

Am politischen Machtsuche wollen haben Deutschnationale geschehen lassen, daß in weiten Volksteilen christlich-konservatives Erbgut vernichtet wurde.

So haben die Kämpfer gegen den Marxismus das Lager gerade derjenigen gepregnet und verwüßt, die einzig geschloffen und stark zu halten ein Gebot staatspolitischer Klugheit und vaterländischer Pflicht gewesen wäre. Sie haben es der Zentrumspartei überlassen, staatspolitisch zu wirken. Ihre Anträge fallen auf sie selber zurück.

Wähler und Wählerinnen! Das preussische Zentrum hat seiner klaren Zielsetzung nichts hinzuzufügen. Sein Wille ist der des gesamten deutschen Zentrums.

Wir wollen die Festigung der staatlichen Autorität in einem Preußen, das seine gesamtdeutsche Aufgabe erkennt und erfüllt.

Wir wollen die Erhaltung einer verantwortungsbewußten Volksdemokratie und eine gerechte Sozialordnung, und lehnen Gewalttätigkeit und Diktatur in jeder Form nachdrücklich ab.

Wir wollen als Volk Freiheit und Gleiches Recht in der Welt und Beteiligung antragbarer Lasten. Wir wollen Lebensraum und Zukunft für eine deutsche Jugend, die wissens ist, das Erbe der Väter aufzunehmen und zu entfalten.

Vergnügte Sklarektage in Misdroy.

Der Kommunist und der Bijamantel.

(Berlin, 11. April.)

In der heutigen Sitzung des Sklarekt-Prozesses wurde die Zeugenvernehmung über die Zusammenkünfte fortgesetzt. Zunächst wurde Obermagistratsrat Clemens noch einmal über einen Vorfall im Jahre 1928 verhört. Der Zeuge hielt sich damals im Hotel Misdroy auf, wo er Leo Sklarek und den Angeklagten Gabel zufällig traf, und wo auch Hoffmann hinkam. Am einem Abend sei man in einem Café zusammengekommen, und an dem Zusammenkommen habe auch Obermagistratsrat Zietzen teilgenommen. Dieser schilderte dann als Zeuge das Zusammenkommen. Man habe Stadtrat Gabel mit Leo Sklarek, den der Zeuge nicht kannte, im Strandcafé getroffen. Gabel habe sofort

mehrere Ragen Cognacs bestellt und sich sehr freigeigig gezeigt.

ebenso Leo Sklarek. Den Damen des Obermagistratsrats Zietzen und des Obermagistratsrats Clemens sei sofort Konfekt an den Abendessen gebracht worden, und Leo Sklarek habe sich vor allen Dingen bemüht, daß eine Kapellmeisterin aus dem „Admirals-Palast“ in Berlin, die ebenfalls im Lokal war, die dortige Kapelle dirigiere und dafür drei Gläser Sekt ausgeteilt. Er habe Gabel mit Leo Sklarek später Arm in Arm auf der Kurpromenade gesehen und sich darüber gewundert, weil Gabel Kommunist war und Leo Sklarek den Eindruck eines typischen Vertreters der Bourgeoisie gemacht habe.

Der Zeuge hat sich dann an seinen Tisch zurückgezogen. Leo Sklarek erklärte demgegenüber, daß Zietzen an dem Abend reichlich mitgemacht habe. Zu einer

dramatischen Episode kam es dann, als der Vorsitzende plötzlich an den Angeklagten Gabel die Frage richtete: „Wollen Sie jetzt den Bijamantel zugeben?“ Gabel war erst aus, der Vorsitzende hielt ihn aber vor: „Der Mantel ist ja beschlagnahmt worden, und es würde viel leicht für Sie sehr unangenehm sein, wenn die Empfängerin hier als Zeugin erscheinen müßte.“ Gabel gab hierauf den Empfang des Mantels zu, verweigerte aber darüber die Aussage, ob ihn die Dame empfangen hätte, die ihn nach Paris feinerzeit begleitet hatte. Rechtsanwält Dr. Kungig überreichte dem Gericht dann im weiteren Verlauf der Verhandlung

eine schriftliche Erklärung zu der Belangelegenheit, worin er betonte, daß der Angeklagte Gabel diesen Punkt bisher als einzigen abstrich dem Gericht mit Rücksicht auf seine Familie verschwiegen habe. Gabel habe den Satz durch Vermittlung von Max Sklarek für 400 Mark gekauft. Gabel:

Wir wollen Volkszusammenhalt und Volksgemeinschaft und widerstreben der Zerrüttung durch Klassen- und rassenkämpferische Haltung.

Wir wollen die Freiheit, zum Wagemut und Risiko bereit Persönlichkeit im Wirtschaftsleben und werden uns darum gegen den Kollektivismus.

Wir wollen die bewusste Pflege und Stärkung jener Kräfte, die aus einer gläubigen, christlichen Ueberlieferung aufsteigen.

Wir wollen den rücksichtslosen Kampf gegen die Propaganda und Wirksamkeit der organisierten Gottlosenverbände, wie der liberalistischen Zerrüttung des Gottesglaubens.

Wir wollen weder Kulturliberalismus, noch Kulturbolschewismus und lassen uns durch Schlagworte nicht darüber hinwegtäuschen, wo die Wegbereiter einer letzten Zerrüttung zu finden sind.

Frauen und Männer! Hört nicht auf die leeren Worte und Behauptungen derjenigen, die bisher keine Verantwortung trugen, nichts geleistet haben und

nun annehmend ihre Hand zur Macht ausstrecken, zur Macht und Gewalt über andere.

Seht auf unsere dreizehnjährige harte Zeit geleistete Arbeit. Preußen war und blieb in diesen Jahren Schützer und Erhalter staatlicher Ordnung.

Laßt Euch nicht beirren durch die politischen Klugheiter einer Wirtschaftskrise, die die ganze Welt umflammt. Was heute ist, wird überwunden, wenn das deutsche Volk sich nicht auf falsche Wege laden läßt, an deren Ende Währungsverfall und Bürgerkrieg stehen.

Der 24. April ist Schicksalstag!

Was von der Reichspolitik für deutsche Freiheit und Gleichberechtigung begonnen, darf im entscheidenden Augenblick nicht von Preußen her zerstört werden.

Am 24. April müssen in Preußen alle positiv gerichteten Kräfte der politischen Vernunft und dem staatlichen Verantwortungsbewußtsein zum Siege verhelfen.

Wählt Zentrum!

Der große Bilderfälschungsprozeß.

Ladung weiterer Sachverständigen beantragt.

CNB Berlin, 12. April.

In dem Bilderfälschungsprozeß gegen den Kunsthändler Wader am die angeklagten van Gogh-Bilder wurde gestern der Kunsthändler de la Failles als Zeuge vernommen, gegen den im Laufe des Prozesses von der Verteidigung schwere Anschuldigungen erhoben wurden und über dessen Sachverständigenvernehmung das Gericht vorläufig noch nichts beschlossen hat. Während der Caßier-Ausscheidung 1928 sei ihm zum ersten Male der Verdacht gekommen, daß einige Bilder falsch sein könnten. Er habe aber noch drei Bilder von Wader nach dieser Ausstellung an einen Holländer für 94 000 Mark verkauft, der die Werte jedoch nach einiger Zeit aus Furcht, daß sie falsch wären, zurückgegeben hätte. Worin: Wiejo vertrauten Sie noch Bilder, wenn Ihr Vertrauen bereits erschüttert war? Zeuge:

„Ich habe die 400 Mark auch an Max Sklarek bezahlt.“ Worin: „Das läßt sich ja jetzt schwer nachweisen.“ Der Mitangeklagte Buchhalter Lehmann erklärte hierzu, daß er

die 400 Mark nicht als Kasseneingang erhalten habe. Das Gericht wurde sich dann noch über die Vernehmung des Zeugen Obermagistratsrats Clemens schlüssig und kam zu dem Beschluß, den Zeugen über seine Aussage vom 18. März unverändert zu lassen, weil er als Beginniger verdächtig sei.

Bei dieser Aussage um seinen Verlust, sich mit Obermagistratsrat Brandes in Verbindung zu setzen, als die Revision in der Stadtbank zur Aufhebung der Affäre stattfand, wobei die Angeklagten Stadtrat Gabel und Obermagistratsrat Brandes zugunsten der Sklareks beeinflusst hätten. Ueber seine heutige Aussage über den Vorfall in Misdroy wurde der Zeuge verurteilt. Die Zeugin Bartels, eine frühere Angestellte der Sklareks, betonte, daß an den Angeklagten Stadtrat Gabel verschiedene Sendungen, u. a. Garderobe für seine Frau, geschickt wurden. Ueber

die Bibliothek, die Gabel von den Sklareks erhalten habe und die 1600 Mark gekostet habe, wurden die Inhaber der Lieferfirma gehört, die erklärten, daß nach der Verhaftung der Sklareks Frau Gabel 1000 Mark zur Einlösung der von Leo Sklarek in Zahlung gegebenen Wechsel bezahlt habe. Eine andere frühere Angestellte der Sklareks, die Zeugin Behma, schilberte, daß Frau Schmitt, Frau Hoffmann, Frau Gabel und die Frau des Stadtbankdirektors Schröder ihre Kleiderkäufe bei den Sklareks tätigten und dabei

so verwöhnte Ansprüche zeigten, daß nicht die A. W. G.-Sachen genügt, sondern Kleider namhafter Konfektionsfirmen geholt werden mußten.

Nach dem Preis hätten die Damen nie gefragt. Auch Frau Direktor Brödel und deren Tochter hätten das Ballkleid für den Preisfall auf diese Weise bezogen. Ferner soll Stadtbankdirektor Schmitt auch einen Teppich von den Sklareks erhalten haben. Frau Behma hatte auch Frau Hoffmann den Kutria-Pelz vorgelegt, der von Gerion geholt wurde, nachdem die anderen Pelze ihr nicht gefielen. Die Zeugin meinte, daß der Pelz bei Gerion 3-4000 Mark gekostet habe. Hoffmann wurde er mit 800 Mark von den Sklareks in Rechnung gestellt. In dieser Angelegenheit erklärte Leo Sklarek: „In der Voruntersuchung habe ich Hoffmann bewußt gesagt. Seht kann ich sagen:“

Er hat den Pelz überhaupt nicht bezahlt.“ Hoffmann legte demgegenüber eine Reihe von Quittungen vor und blieb dabei, daß er die 800 Mark, die man von ihm gefordert habe, bezahlt hätte. Die Verhandlung wurde dann am Mittwoch vertagt.

„Es schienen mir ja nur einige Bilder zweifelhaft, aber nicht alle.“ Nach dieser Aussage gab de la Failles im Gerichtssaal eine überraschende Erklärung ab. Durch den täglichen Anblick der wirklich gemeinen Fälschungen im Schmutzgerichtssaal und durch wiederholte Prüfungen und Untersuchungen der Briefe von Vincent van Gogh sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß fünf Bilder seines Katalogs echt seien. Deshalb müsse er im Interesse der Wahrheit und um Mißverständnissen vorzubeugen im Gerichtssaal ausdrücklich betonen, daß er keine Fälschererklärung für fünf Bilder, die sich jetzt in verschiedenen Händen befinden, zurücknehme. Als nächster Sachverständiger wurde der Händler Bremmer vernommen, der in der Fachwelt als Herold von Goghs bezeichnet wird. Bremmer ist Lehrer der Kunstgeschichte in dem Haag. Er hat Wader 1926 kennen gelernt und von ihm ein Selbstporträt von Goghs gekauft, das er ebenso wie neun andere Bilder, die er besaß, für echt hält. 14 andere erklärte er für falsch. Nach der Mittagspause wurde der Kunsthändler Hans Rosenhagen vernommen, der Wader 1924 kennen lernte, als dieser einen echten Ude begutachtete. Von den ihm vorgelegten van Goghs hält er fünf für echt. Dann werden die Zeugen Bremmer und de la Failles verurteilt. Der Händler Scherjon, Besitzer einer Kunsthandlung, dem zwei Bilder aus Waders Besitz vorgelegt wurden, erklärte, eines davon sei echt. Er habe es für 20 000 Mark gekauft. Aus den Briefen von Goghs gehe hervor, daß es noch sehr viele Bilder von ihm geben müßte, die bisher unbekannt blieben. Der Zeuge hält acht der von Wader auf den Markt gebrachten Bilder für echt und 16 für falsch. Heute wird das Gericht den Antrag der Staatsanwaltschaft auf Ablehnung des Sachverständigen Bremmer wegen Verjüngnis der Verjährung zurück. Als erster Sachverständiger wurde dann der Kunsthändler Alfred Julius Meier-Grafe vernommen, der alle Bilder von Wader, um die es in diesem Prozeß geht, für zweifelhaft hält. Es handelte sich um Kopien nach Originalen und es liege keinerlei schöpferische Arbeit vor. Nach dem Gutachten des Geheimrats Zietzen beantragte die Verteidigung die Abnahme des Vorsitzenden der Berliner Session, Eugen Spiro, da sich unter den Sachverständigen keine Maler befänden; die Staatsanwaltschaft ihrerseits beantragte, die Maler Rechte und v. Künig hinzuzuziehen. Dann wird der Bilderfälschungsprozeß fortgesetzt, der am Ende 1930 die Wähler und Konfessionsverbände durchgesehen hat und dabei feststellte, daß in der Bildführung eine außerordentliche Unklarheit herrschte. Die Weiterverhandlung wird dann am Mittwoch vormittag vertagt.

Die Memelfrage vor dem Haager Gerichtshof.

London, 12. April.

Reuter erzählt, daß in Verbindung mit dem Memelfreit die folgenden sechs Punkte dem Haager Gerichtshof unterbreitet werden: 1. Ob der Regierung des Memelgebietes das Recht der Entlassung des Präsidenten des Direktoriums zusteht; 2. Wenn ja, ob dieses Recht nur unter bestimmten Bedingungen oder in bestimmten Verhältnissen ausgeübt werden darf, und welcher Art diese Bedingungen und Verhältnisse sind; 3. Ob, falls das Recht der Entlassung des Präsidenten eingeräumt wird, eine derartige Entlassung auch das Ende der Amtsdauer der Mitglieder des Direktoriums bedingt; 4. Ob, falls das Recht der Entlassung des Präsidenten unter bestimmten Bedingungen oder in bestimmten Verhältnissen besteht, die Entlassung des Präsidenten unter solchen, dem Statut entprechenden Umständen erfolgt ist; 5. Ob die Ernennung des Direktoriums unter Leitung von Simaitis unter den erwähnten vorgezeichneten Umständen erfolgte; 6. Ob die Auflösung des Memellandes am 22. März, an dem Tage also, an dem das von Simaitis präsidierende Direktorium das Vertrauen des Landtages nicht erhielt, zu Recht erfolgt ist.

Rauchen Sie lieber eine Zigarette weniger, aber dafür eine gute

Haus Bergmann Klasse

5 Stück 20 &

Allen Packungen liegen bei:

Bergmanns Bunte Bilder von Walter Trier Wertvolle Stickereien nach Prof. Poetter.



Aus Westdeutschland.

Schweres Grubenunglück.

Vier Tote.

(Glabbe, 11. April.)

Auf der Schachtanlage III/IV von Maifas Stinnes in Braud bei Glabbe ereignete sich am Montag nachmittag ein schweres Unglück. In einem Aufschubetrieb auf einer längeren Strecke brach das Hangende zusammen. Ein an dieser Stelle beschäftigter Arbeiter wurde von der Masse verschüttet. Die Rettungsarbeiten wurden sofort eingeleitet. Nach Stundenlangen Bemühungen gelang es, den Arbeiter lebend und zwei seiner Kameraden tot zu bergen. Ein dritter Arbeiter wurde ohne sichtbare Verletzungen aufgefunden und ins Krankenhaus gebracht. Er lag lange Zeit noch in tiefem Schlaf. Der vierte Arbeiter konnte erst Dienstag morgen geborgen werden, er war tot.

Gleichzeitig ereignete sich der Zusammenbruch während des Schichtwechsels, wobei das Hangende auf ein verhältnismäßig geringes Maß beschränkt blieb. Somit arbeiten nämlich an der gleichen Stelle 50 Bergleute.

Kommunistische Verbrenner.

(Kiedrichhausen, 12. April.)

Mit 19 Jahren ist Erich Kilian in Marl einer der gemeingefährlichsten kommunistischen Führer. Dieser Tage wurde er mit 20 Genossen von der Schicht kommenden Bergleuten auf, um sie zu verprügeln. Die Kommunisten lagen in Straßengräben, von Kilians mit Faustschlägen und Stöcken über die Arbeiter her, die schwer verletzt wurden. Das Amtsgericht Dortmund lehnte die Verhaftung ab. In der Nacht zum Montag wurde ein Schmutzband von Kilians und Genossen überfallen. Die Kommunisten waren maskiert, mit Bleigewehren, Pistolen und Revolvern bewaffnet. Als die Bande, leuchtend unter der Latte der Laternen, sich Kilians in den Weg, feuerte einen Schuß ab und rief: „Hier ist die Krippe! Paden weg! Hier ist die Krippe!“ Die Schmutzbander liefen sich zur Wehr, allerdings mit dem Resultat, daß sie von der Horde zu Boden geschlagen und in schwerer Weise mißhandelt wurden. Die Säcke mit den Schmutzbanden wurden den schwer Verletzten am Boden liegenden Schmutzbanden von den Räubern geschnitten. Die Räuber ergriffen dann die Flucht. Kilians und seine Genossen sind inzwischen festgenommen worden.

Direktoriale oder kollegiale Schulleitung?

(Wuppertal-Barmen, 11. April.)

In den Fachkreisen herrscht augenblicklich wieder eine sehr lebhaft erörterte Frage über das Thema „Direktoriale oder kollegiale Schulleitung“. In einer Vertreterversammlung des Rektoratsvereins der Rheinprovinz, dem mehr als tausend Rektoren und Hauptlehrer angehören, wurde in Barmen einstimmig die Aufstellung einer Organisation zum System der Schulleitung in folgendem niedergelegt: „An der Spitze der öffentlichen Volksschulen steht eine verantwortliche Einzelperson, die Schulleitung. Diese muß mit Rechten und Pflichten ausgestattet sein, welche die Verantwortung dem Staat, der Gemeinde und der Schule gegenüber tragbar machen. Die Berufung des Leiters muß auf Lebenszeit und seine Wahl und Befähigung durch die zuständigen staatlichen und gemeindlichen Behörden erfolgen.“

Schwindel en gros.

19 Monate Zuchthaus.

(Wuppertal, 12. April.)

Ein gemeingefährlicher Schwindler, der Todesfälle in Wägen vorzuziehen und dann als trauernder Hinterbliebener mit gefälschten Dokumenten bei Sterbefällen erschien, um sich Gelder bei den Hinterbliebenen zu verschaffen, wurde in Wuppertal verurteilt. Der Angeklagte, ein 39jähriger Schloffer aus Vennep, hatte sich ein besonderes System ausgedacht, um die verschiedensten Sterbefälle zu veranlassen und an jedem einen so großen Betrag, bis zu einem Tausend, zu erhalten. In diesen Augenblicken mußten die Leute ganz gegen ihren Willen und ganz ohne ihr Zutun plötzlich sterben. Dann erschien der Angeklagte in Trauerkleidern, schmerzlich gerührt, an den Hinterbliebenen, um das Sterbegeld einzukassieren. Er gab sich dabei als Bruder, als Sohn, als Enkel, als Onkel oder Verlobter seiner angeblich Verstorbenen aus. Eine ganze Reihe dieser „Verstorbenen“ hatte niemals gelebt.

Der braune Kavalier.

Kriminalroman von Robert Maas.

(Nachdruck verboten.)

„Danach habe ich nicht gefragt, Evelyn. Die Geldangelegenheit ist meine geringere Sorge. Aber die Ausplünderung auf das Äußerste. Ich will nicht, daß du unsere Familie einem öffentlichen Skandal ausgesetzt, verstanden?“

„Keine Angst, mein Väterchen, deine Tochter wird dir keine Schande machen, und Herr Kroll, von dem ihr ja nichts wissen wollt, ist Mann genug, sich allein aus der Affäre zu ziehen. Im übrigen habe ich eine leise Ahnung, als man die Verhaftung des Studenten ganz allgemein hat. Wer eine halbe Million braucht, hat auch Verwendung für die hundert Tausend, die man der Ermordeten geraubt hat.“

„Du schweiffst ab, Evelyn. Versprich mir, daß du dich in keiner Weise in die Angelegenheit einmischen wirst. Was auch kommen mag. Klar ist der Sachverhalt zugunsten deines Studenten, dann wollen wir sehen — du sollst nicht fragen, daß ich nur an unser Geschäft denke. Aber dafür verlange ich, daß du heute — in dieser Stunde —, also sofort, zu meiner Schwester nach Benedikt abreist und dort bleibst, bis ... bis wir dich zurückrufen.“

„Wann wird das sein?“

„Sobald sich die Unschuld des Studenten erwiesen hat.“

Fortwährend sah der Vater auf seine Tochter, die überlegend ihre Lippen zusammenstieß.

„Genügt dir nicht mein Versprechen, wenn ich dir sage, daß von mir nichts, gar nichts in der Sache unternommen werden soll?“

„Es würde mir genügen, Kind, wenn ich nicht befürchten müßte, daß etwas gegen dich unternommen werden könnte — von diesem Schurken. Verstehe dich. Oder nicht bist du nicht aus dem Brief, wie man dich in eine Falle locken will?“

Evelyn erhob sich von der Tischplatte, streckte ihrem Vater die schlanke Hand entgegen und sagte so bündig und bestimmt, daß der Vater einen Augenblick hinstarrte. „Wie schnell war das Mädchen mit einem Entschluß bei der Hand. Wenn sie nur nicht doch noch einen Streich im Schilde führte.“

gelebt. Ein recht ansehnliches Betriebskapital mußte er natürlich aufwenden, nicht nur um die verschiedensten Beträge zu bezahlen, sondern auch um die verschiedensten notwendigen Dokumente, wie ärztliche Totenscheine, Sterbeurkunden der örtlichen Standesämter und sonstige wichtige Papiere zu fälschen oder anfertigen zu lassen. Er führte die Fälschungen so geschickt durch und ließ so täuschend einen im Dunkel gebliebenen Hintermann anfertigen, daß verlässliche Kassen auch dann noch auf ihn hereinfielen, als sie bereits vor ihm gewarnt worden waren. Das Geschäft lag in dem Vorgehen des Angeklagten eine gemeingefährliche Gaunerei und verlagte ihm mildernde Umstände. 19 Monate Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust legte es als Strafe für den Betrug an den Sterbefällen fest, die fast sämtlich von kleinen Leuten getragen werden und erheblich geschädigt worden sind.

40 000 Str. Steine vernichten ein Haus.

Belbert, 12. April.

Ein nicht mehr benutzter, über 90 Meter hoher Schornstein sollte in Gruiten umgelegt werden. Der Schornstein war bereits angelegt, als sich ein harter Sturm erhob und den Kiesel vorzeitig zum Rollen brachte. In größter Eile konnten noch die Bewohner eines in der Gefahrenzone liegenden Wohnhauses die Wohnungen verlassen, als auch schon der Schornstein stürzte und Wohnhaus sowie Mobiliar unter sich begrub. Das Wohnhaus wurde von den etwa 40 000 Zentner schweren Steinmassen vollkommen vernichtet.

15 200 Schmuggler festgenommen.

Düsseldorf, 12. April.

Wie der Präsident des Landesfinanzamtes mitteilt, sind im Monat März bei der Schmugglerbekämpfung im Zollgrenzbezirk des Landesfinanzamtes Düsseldorf von Grenzaufsicht und Zolljagdungsbeamten 15 200 Schmuggler festgenommen worden. Die Schmuggler hatten zusammen 65 000 Zigaretten, 19 400 Zigarettenpapier, 5000 Kilogramm Tabak, 4500 Kilogramm Kaffee, 28 500 Kilogramm Getreide, 4500 Kilogramm Mülleierzeugnisse, 7500 Eier und 1500 Kilogramm sonstige Waren über die Grenze gebracht. Die Waren und die zu ihrer Beförderung benutzten Fahrzeuge — 186 Fahrräder, 3 Motorräder und 13 Kraftwagen — wurden beschlagnahmt. Damit ist die Zahl der gefaschten Schmuggler im Rechnungsjahr 1931 auf 15 200 gestiegen. An Schmuggelwaren wurden insgesamt beschlagnahmt: 4 000 000 Zigaretten, 100 000 Zigarettenpapier, 35 000 Kilogramm Tabak, 34 000 Kilogramm Kaffee, 320 000 Kilogramm Getreide, 64 000 Kilogramm Mülleierzeugnisse, 125 000 Kilogramm Kartoffeln, 37 000 Kilogramm Zucker und 23 000 Kilogramm sonstige Waren. Ferner wurden den Schmugglern bei den Aufgräben 1300 Fahrräder, 52 Motorräder und 123 Kraftwagen, mit denen die Schmuggelwaren befördert wurden und die deswegen der Eingekerkelung unterliegen, abgenommen.

Wie steht es um die rheinische Landesbank.

Düsseldorf, 12. April.

In der gestrigen Sitzung des Provinzialparlamentes berichtete zunächst der Landeshauptmann über den Stand der Landesbankangelegenheit. Auf die Eingabe des Staatskommissars wegen Beilegung einer weiteren Liquiditätskrise von zentraler Stelle ist eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen. Jedoch sind die erforderlichen Mittel zur Überbrückung des März-Altmos zur Verfügung gestellt worden. Der Revisionsbericht der Deutschen Kredit- und Treuhand-Gesellschaft liegt nunmehr vor. Mit einer Gegenüberstellung der Generaldirektion geht dieser Bericht zunächst an die vom Provinzialparlament für die Prüfung des ganzen Finanzkomplexes eingesetzte Kommission unter dem Vorsitz von Justizrat Wessels (Wuppertal). Der Provinzialparlament wird lobend am 20. April zusammengetreten, und auf Grund des Kommissionsberichts einen Bericht über die Landesbank an den Provinziallandtag stellen, der am 26. April eröffnet wird. Der Provinzialparlament wird beim Provinziallandtag eine Reihe von Wiederwahlen beantragen.

Eine andere Vorlage beschäftigt sich mit den Vergütungen an die Bürgermeister und andere Kommunalbeamte für die Beförderung der Geschäfte der Provinzialfeuerwehrversicherung. Die Vorlage räumt zunächst mit einigen in der Öffentlichkeit verbreiteten Irrtümern über die Höhe dieser Vergütungen auf und stellt fest, daß die Vergütungen nur bei acht Bürgermeistern bzw. Oberbürgermeistern von den 498 für die Anzahl Tätigen den Betrag von 2000 RM überschritten haben.

Mit der Unterverteilung der beschränkten Mittel zur Erhaltung der Bau- und Kunstdenkmäler beschäftigt sich eine andere Vorlage, die nur die Erfüllung einiger ganz wichtiger und unaufschiebbarer Aufgaben vorsieht.

Gefährdung eines Mörders.

(Erlau, 11. April.)

Die Leiche des in Sing an der Obermosef verschwundenen Landwirts Peter wurde bei Kienig aus der Mosef gelandet. Der verhaftete Landwirt Jacobi hat nunmehr eingestanden, den Peter ermordet und dann in die Mosef geworfen zu haben.

Vergrabene Goldklüte.

Stimmern (Hunsrück), 12. April.

Vor einiger Zeit starb hier der hochbetagte Friedhofswärter Bomes und einige Zeit später seine Ehefrau. Wie sich nun herausstellte, hat Bomes, der in sehr ärmlichen Verhältnissen lebte, im Kriege Goldklüte im Gesamt betrage von 3000 Mark in einer eisernen Kiste im alten Friedhof vergraben. Die Kiste ließ er damals von einem hiesigen Schloffer anfertigen. Bomes und seine Frau waren die einzigen, die hiervon wußten, also auch den Platz genau kannten, an dem der Schatz vergraben war. Es wird wohl damit zu rechnen sein, daß die Erben bald mit allem Eifer an die Suche nach dem Schatz gehen.

★

(Waltrop, 11. April.) Großfeuer. Im Lagerraum des Manufakturwarengeschäftes Vol. Rosenthal brach am Samstagabend Feuer aus, das an den aufgestellten Stoff- und Wäschevorräten reiche Nahrung fand. Durch das sofortige Eingreifen der Feuerwehreinheit und der freiwilligen Feuerwehr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt bleiben. Das Dachgebälk des Hauses sowie die vorhandenen Bänke- und Kleidungsstoffe wurden größtenteils ein Raub der Flammen. Die Entstehungsurache des Brandes ist nicht bekannt. Der entstandene Sachschaden wird auf 20 000 Mark geschätzt.

• Scherfede, 11. April. Autounfall mit erheblichen Folgen. Im benachbarten Kleinenberg stieß ein auswärtiger Personenzug mit einem Kleinrentner Personenzug zusammen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Personenzug schwer beschädigt. Eine in dem Wagen sitzende Frau wurde durch schwere Verletzungen davon und wurde ins Scherfede St. Vinzenz-Hospital überführt. Zwei weitere Personen wurden leicht verletzt. Der Wagen mußte abgeschleppt werden.

Sanitätsrat während der Diskussion gestorben.

Berlin, 11. April.

Gestern Abend fand im Hotel „Altus“ eine von etwa 120 Wohlfahrtsärzten besuchte Versammlung statt, die zu der Frage der freien Arztwahl für die Wohlfahrtsempfänger Stellung nahm. Es kam zu einer heftigen Diskussion, in der der Vorsitzende des Berliner Vereines, Dr. Scherer, den von der Stadt angebotenen Vertrag empfahl, der aber von Sanitätsrat Dr. Alexander Wolff als Vorstandsmitglied des Vereines der selbstgestellten Wohlfahrtsärzte sehr stark bekämpft wurde.

Sanitätsrat Dr. Wolff beendete in harter Erregung seine Ermahnung. Plötzlich sank er bewußtlos um. Eine Unterbrechung ergab den schon eingetretenen Tod. Sanitätsrat Dr. Wolff hat infolge der Anstrengung einen Herzschlag erlitten. Er hat ein Alter von 69 Jahren erreicht.

Dr. Wolff hatte eine große Praxis und erzielte sich sowohl in den Kreisen seiner Patienten wie in denen seiner Berufskollegen großer Beliebtheit und Achtung.

Der Walter Rathenau-Preis.

Berlin, 11. April. Der Walter Rathenau-Gesellschaft hat der Walter Rathenau-Preis für 1931 in der Gattung der Medaille den Herren Dr. Melchior, Hamburg, und Herr Graf Kehler, Berlin, zuerkannt. Der Geldpreis wurde in diesem Jahre nicht verliehen, sondern wegen der Vorfälle der Zeit an mehrere Schriftsteller als Werkbeitrag verteilt.

Selbstmord durch Sprung von einem Turm der Notre-Dame-Kirche.

Paris, 12. April. Gestern hat ein 25 Jahre alter, in München geborener polnischer Student, namens Bernhard Friedmann, Selbstmord begangen, indem er sich von einem Turm der Notre-Dame-Kirche herunterstürzte. Friedmann soll sich zwar einige Studien gewidmet haben, aber all sein Geld in Pferderennen verloren und aus Verzweiflung darüber die Tat begangen haben.

Anschlag auf den ehemaligen Präsidenten von Syrien.

Paris, 12. April. Nach einer Meldung der Agence Havas ist auf den ehemaligen Präsidenten des syrischen

Eine bischöfliche Mahnung.

Erzbischof Dr. Johannes Vögenburg veröffentlicht folgendes Schreiben namens der Oberhirten der preussischen Bistümer:

Die bevorstehenden Wahlen der Abgeordneten zum Preussischen Landtag sind nicht nur in politischer Hinsicht, sondern auch wegen des Einflusses der geistlichen und Regierungsgewalten auf Förderung und Schutz der religiösen Interessen und Stellung der Kirche im öffentlichen Leben von großer Bedeutung. Das legt allen katholischen Christen die väterliche Pflicht auf, von ihrem Wahlrecht so Gebrauch zu machen, wie es der Verantwortung des treuen Staatsbürgers und treuen katholischen Christen entspricht.

Wählt Abgeordnete, deren Charakter und erprobte Haltung Zeugnis gibt von ihrem Eintreten für Frieden und soziale Wohlfahrt des Volkes, für den Schutz der konfessionellen Schulen, der christlichen Religion und der katholischen Kirche. Hilet Euch vor Agitatoren und Parteien, die des Vertrauens des katholischen Volkes nicht würdig sind. Schöpft Eure Belehrung aus bewährten katholischen Blättern.

Das ist die Mahnung Eurer Bischöfe, die nicht den politischen Parteikampf in das Heiligtum der Kirche tragen wollen, doch an Ereignissen, die für Vaterland und Kirche von so tiefer Bedeutung sind, nicht ohne ein Wort der Mahnung vorbeigehen wollen.

Die Oberhirten der Diözesen Preussens.

Für die Diözesen Münster:

† Johannes, Bischof von Münster.

Staates, Subhi-Barakat, ein Anschlag verübt worden. Ein unbekannter Täter verlor die Straße Subhi-Barakat durch Messerliche und Revolververletzung zu töten. Subhi-Barakat blieb jedoch unversehrt; zwei Begleiter wurden verwundet. Der Täter wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Der Fall Hanau zieht weitere Kreise.

Paris, 12. April. Polizeikommissar und Untersuchungsrichter nahmen heute in den Räumen der Banque de l'Union Republique, die mit der Finanzzeitung der Frau Hanau, „Forces“, in Verbindung gestanden haben soll, eine Durchsuchung vor.

Sieben Tote bei einem Autounfall.

Kairo, 11. April. Ein Automobil mit sieben Personen, darunter zwei ägyptische Staatsbeamten und einem Offizier, fuhr heute in einen Kanal. Sämtliche Insassen kamen ums Leben.

Soziales.

Versprechungen mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Vorbereitung der Schlichterverhandlungen.

Berlin, 12. April. Zur Vorbereitung der am 15. April 1932 nach längerer Pause wieder stattfindenden Versprechungen des Reichsarbeitsministeriums mit den Schlichtern über Lohnpolitische und arbeitsrechtliche Fragen fanden heute, wie üblich, getrennte Aussprachen der Sachbearbeiter des Ministeriums mit Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer über ihre Wünsche zu den Verhandlungsgegenständen statt.

Eröffnung der 16. Internationalen Arbeitskonferenz.

Genf, 12. April. Die 16. internationale Arbeitskonferenz wurde heute vormittag von dem Präsidenten des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, M. A. M. Béguelin, eröffnet. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der Vertreter Kanadas, Senator Robertson, gewählt. Deutschland ist auf der Konferenz durch Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium vertreten. Außerdem gehören der deutschen Delegation Kommerzienrat Vogel für die Arbeitgeber und Hermann Müller für die Arbeitnehmer an. Die Dauer der Konferenz ist auf drei Wochen berechnet.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

Ein bedauerliches Ereignis war die Ermordung des Reichsministers für den öffentlichen Verkehr, Herrn Dr. Grieser, am 25. Januar. Er wurde heute in der Gasse vor dem Reichstag erschossen. Die Tat wurde durch einen Revolververletzung tödlich verletzt.

(Fortsetzung folgt.)

